



**Beneš-Fanatiker
gründet Partei**

(Seite 3)

**Weihbischof
Gerhard Pieschl 75**

(Seiten 4 und 5)

**Tribüne der
Meinungen**

(Seite 12)

Wieder ein Kanzler, der schweigt zu den Beneš-Dekreten

Es hat sich nichts geändert für die Sudetendeutschen mit dem Kanzlerwechsel in Wien: So wie schon Alfred Gusenbauer im Jänner 2008, sparte auch sein Nachfolger Werner Faymann beim Treffen mit dem tschechischen Ministerpräsidenten Mirek Topolánek das Thema Sudetendeutsche und Beneš-Dekrete aus. Faymann hatte Prag Ende Jänner einen Antrittsbesuch abgestattet. Da er gerade aus Berlin von einem Treffen mit der deutschen Kanzlerin Angela Merkel kam, wäre es sogar möglich gewesen, diese beide Länder betreffende Causa abzuklären und Topolánek mit einer gemeinsamen Position zu konfrontieren. Doch nichts dergleichen. Es war wieder einmal keine Zeit. Faymann-Sprecherin Angelika Feigl auf die Frage, ob der Bundeskanzler bei seinem Besuch in Prag auch die Sudetendeutsche Frage ansprechen werde: „Es wird in den Gesprächen heute so

gut wie ausschließlich um EU-Themen gehen. Der Besuch ist anlässlich des Ratsvorsitzes zustande gekommen und wird sich daher in Richtung EU ausrichten.“ Nun könnte man bei entsprechender Naivität annehmen, daß gerade der EU-Schwerpunkt zur Sudetendeutschen Frage hinführen müßte, hatte doch die Politik den Vertriebenen vor dem EU-Osterweiterung weiszumachen versucht, daß gerade erst durch den EU-Beitritt der Vertreiberstaaten sich neue Möglichkeiten der Vergangenheitsaufarbeitung eröffnen würde. Gusenbauer hatte den Sudetendeutschen noch versprochen, daß er sich mit aller Kraft für die Rechte der Vertriebenen und sogar für Entschädigung einsetzen werde. Als die Leere dieses Versprechens offenkundig geworden war, antwortete er auf die Frage, welche Initiativen er denn nun für die Heimatvertriebenen und für die Heimatverbliebenen ergreifen

werde, knapp: „Es ist für mich derzeit nicht absehbar, wann sich weitere Möglichkeiten ergeben, eine Initiative zu ergreifen.“ Gusenbauer ist Geschichte. Doch Werner Faymann bleibt in dieser Hinsicht dem – unter anderem wegen gebrochener Wahlversprechen – von seiner Partei in die Wüste Geschickten treu. Mit einem feinen Unterschied: Faymann hat den Sudetendeutschen erst gar nicht vollmundig etwas versprochen. Das tut freilich das Außenministerium, das in Briefen an Vertriebene von einer gegenüber Prag erhobenen Forderung nach einer „neuerlichen finanziellen Geste“ schreibt.

Und dort steht auch, daß „Österreich keine Gelegenheit versäumt, das mittlerweile auch von tschechischer Seite anerkannte Unrecht der Beneš-Dekrete zu betonen.“ Eine gute Gelegenheit wurde gerade wieder einmal versäumt.

Rote Karte
VON MANFRED MAURER

MAN SCHIESST nicht schnell in München, aber wenn man schießt, dann knallt's. Elf Monate nach der Veröffentlichung eines Kommentars in der „Sudetenpost“ (Folge 5 vom Februar 2008!) folgte nun in der „Sudetendeutschen Zeitung“ die Antwort in Form einer geharnischten Kritik. Die „Sudetenpost“ hatte seinerzeit Anstoß daran genommen, daß der Bund der Vertriebenen (BdV) und dessen Präsidentin Erika Steinbach genau das getan hatten, worüber sich die Vertriebenen immer wieder zu Recht beklagen: Sie hatten die neu gegründete Europäische Union der Flüchtlinge und Vertriebenen (EUFV) ins rechte Eck gerückt. Der BdV-Bundesausschuß hatte mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit beschlossen, der EUFV nicht beizutreten, weil, so die Begründung, „aus Deutschland auch Gruppierungen und Personen mitgewirkt haben, die laut dem Verfassungsschutzbericht Verbindungen zum rechtsextremen Spektrum aufweisen und sichtbar ist, daß bis heute in diesen Kreisen massiv Werbung für die EUFV gemacht wird“.

WENN DEM SO gewesen wäre, wäre das in der Tat schlimm. Tatsache ist aber – und dafür verbürgte sich immerhin der Vizepräsident des BdV, Wilhelm von Gottberg – daß an der Gründung der EUFV rechtsextreme Gruppierungen keinerlei Anteil hatten. Versuche von solchen Gruppierungen, sich anzuhängen, wurden vom EUFV von vornherein unterbunden. Wilhelm von Gottberg ist auch Vizepräsident der EUFV, hat also offensichtlich nicht die Berührungsgänge anderer Funktionäre.

DIE „SUDETENPOST“ bezeichnete diese Vorgangsweise des BdV seinerzeit als „Eigentor“. Schließlich kann sich nach dem Beschluß jeder auf den – unverdächtigen – Steinbach-Bund berufen, wenn er die EUFV als von rechtsextremen Kräften durchsetzte Organisation diffamieren möchte. Mit diesem einfachen Trick haben sich schon viele um eine ehrliche Auseinandersetzung mit Vertriebenen-Anliegen gedrückt.

IN DER „Sudetendeutschen Zeitung“ schoß nun Prof. Rudolf Grulich mit einem Kommentar unter dem Titel „Eigentor? Nein – Rote Karte!“ zurück.

IST DIE EUFV doch schon so bedeutend, daß die „Sudetendeutsche Zeitung“ ihr die größte Schlagzeile auf der Titelseite widmet – und für den gerade dem tschechischen Außenminister Kar(e)l Schwarzenberg in Prag ein Kochbuch (!) überbrachte habenden Sudetendeutschen-Sprecher Bernd Posselt nur einen Zweispalter übrig hat? Gab es mit dem tschechischen Außenminister nichts anderes zu besprechen, als lukullische Neuheiten? Der Leser jedenfalls durfte es nicht erfahren.

ABER ZURÜCK zur „Hauptgeschichte“: „Rote Karte“ also für die EUFV!? Der seinerzeitige Rechtsextremismus-Verdacht wird zwar aus gutem Grund nicht wiederholt, doch mit der EUFV will Professor Grulich trotzdem nichts zu tun haben. Er führt in seinem Konvolut sogar Fakten an, die sachlich durchaus korrekt sein mögen, aber dennoch nicht automatisch als Argumente gegen eine Anerkennung der EUFV gelten können. Daß die EUFV unterschiedliche Vertriebenenorganisationen mit ebenso unterschiedlichen, teils sogar widerstrebenden Geschichten vereint, ist nicht einmal von der Hand zu weisen. Es ist doch klar, daß deren Vorsitzender Lacota als gleichzeitiger Chef der „Unione degli Istriani“ in der historischen Betrachtung geradezu zwangsläufig auf Österreich-Ungarn eine andere Sichtweise hat und äußert, als Vertriebenenverbände aus eben dieser Region. Die

Fortsetzung auf Seite 2

DAS BILD DER HEIMAT



Gablonz a. d. Neisse, einst Mittelpunkt sudetendeutscher Glas- und Schmuckwarenindustrie – Blick auf die Herz-Jesu-Kirche.